

# Petition an den EU-Kommissar Andris Piebalgs

Sehr verehrter Herr EU-Kommissar,

die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ e.V., die sich in Sorge um eine gedeihliche Entwicklung unserer Region gegründet hat, wendet sich Hilfe suchend an Sie. Die Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide“ e.V., die Umweltschutzorganisationen BUND, Nabu, WWF und Greenpeace sowie verschiedene Gemeinden, Tourismusverbände und Naturschutzvereine der Region teilen unsere Bedenken. Bitte unterstützen auch Sie unsere Bemühungen, den Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin zu verhindern!



Wir stehen heute vor den drei größten Herausforderungen der Menschheit:

- den Klimawandel in den nächsten 10 Jahren stoppen,
- der zunehmenden Knappheit von Ressourcen konsequent entgegenwirken und
- die nachholende Industrialisierung großer und bevölkerungsreicher Länder umweltverträglich gestalten.

Im Bewusstsein, dass dies nur gelingen kann durch die Steigerung der Energieeffizienz einerseits und andererseits den raschen Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energieträger, die dafür viel zu kostbar sind, sowie den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, hat die Europäische Union ihre Klimaschutzziele festgelegt, wobei Deutschland in diesem Prozess eine Vorreiterrolle zukommt. Wenn wir dies nicht tun, und wenn wir dem Raubbau an der Natur, der sich dramatisch zugespitzt hat, nicht Einhalt gebieten, werden auch die ausgewiesenen Schutzgebiete der EU um den Greifswalder Bodden Schaden nehmen.

Für eine Übergangszeit braucht auch Deutschland für seine Versorgungssicherheit noch – zumal wir dauerhaft auf Kernenergie verzichten – modernste fossile Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle und Gas), die mit den höchsten Wirkungsgraden und Kraft-Wärme-Kopplung als Ersatz für ältere, ineffiziente Anlagen schon in Kürze zu einer deutlichen Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen sollen.

Neue Kohlekraftwerke an neuen Standorten braucht Deutschland nicht und auch keine Importkohle aus Übersee für deren Betreibung. Ein Steinkohlekraftwerk der Größe von 1.600 MW, das mitten in eine von Tourismus- und Gesundheitswirtschaft lebende Region gebaut wird, ist nicht hinnehmbar. Zumal an dem geplanten Standort bereits eine Vielzahl anderer Energieangebote konkurrieren.

Die Ferieninseln Usedom und Rügen liegen in der Hauptwindrichtung des geplanten Kraftwerkes. Der Seebadstatus Lubmins und der betroffenen Ostseebäder ist gefährdet, weil die Landesregierung den Status „Kurorte, Erholungsorte, Seebäder“ mit den verringerten Grenzrichtwerten für definierte Emissionsstoffe bisher nicht für die Bewertung im Genehmigungsverfahren festgelegt hat. Im eröffneten Genehmigungsverfahren (Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides) wird die Ausbreitungsrechnung für Immissionen nur bis zu einem Radius von 9,5 km durchgeführt. Auch bei der inzwischen verringerten Schornsteinhöhe auf 110 m ergeben sich die physikalischen Ausbreitungsvorgänge der Emissionen auf Entfernungen, die weit darüber liegen.

Die strategische Umweltprüfung (SUP), welche aus dem EU-Recht in nationales Recht überführt worden ist, wurde in diesem Verfahren ohne Erklärung nicht durchgeführt. Zur SUP hätte auch die Bewertung des Kühlverfahrens gehört. Der Investor hat sich aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen für die Kühlung mit Wasser aus dem Greifswalder Bodden festgelegt. Dies soll den kostenintensiven Bau eines Kühlturmes überflüssig machen. Dabei beruft sich der Antragsteller auf eine Genehmigung, die für die Kühlung des ehemaligen Kernkraftwerkes erteilt wurde und die offensichtlich trotz des völlig veränderten Naturschutzstatus' nicht außer Kraft gesetzt wurde. Der Greifswalder Bodden ist als Brackgewässer mit geringem Wasseraustausch Bestandteil der Ostsee, mit deren aktuellem Gefährdungszustand sich die Europäische Union gegenwärtig ebenfalls befasst.

In den Natura-2000-Richtlinien und bei der Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Vorgaben spielt die Region um diesen Standort eine herausragende Rolle. Allein dafür sind in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel aus Europäischen Fonds geflossen.

Die Langzeitauswirkungen auf die Region um den Greifswalder Bodden mit seinen nachfolgend aufgeführten Schutzgütern bleiben im derzeitigen Genehmigungsverfahren unbeantwortet:

- das seit 1924 bestehende Naturschutzgebiet Peenemünder Haken, Struck und Ruden, welches die Regierung von Mecklenburg/Vorpommern erst vor wenigen Jahren in den europäischen Fonds der Schutzgebiete eingebracht hat,
- mehrere Naturschutz und Europäische Vogelschutzgebiete
- das Biosphärenreservat im Greifswalder Bodden,
- die sehr sensiblen und artenreichen FFH-Gebiete im Küstenbereich Südwest-Rügens und der Insel Usedom,
- und nicht zuletzt die Menschen unserer Region.

Um klarzustellen, dass wir keine Verhinderer sind, überreichen wir Ihnen diese Petition.

Als Anlage übergeben wir Ihnen gleichzeitig ein Papier, das die geplanten bzw. sich im Genehmigungsverfahren befindlichen und teilweise bereits genehmigten Anlagen im Komplex darstellt und so die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des als Energie- und Industriestandort im Raumordnungsprogramm Vorpommerns ausgewiesenen Gebietes deutlich macht.

Das Papier enthält zusätzlich einen Alternativvorschlag für das geplante Steinkohlekraftwerk, von dem wir überzeugt sind, dass er sich in das Gesamtkonzept des Standortes gut einfügen und hinter dem die Bevölkerung der Region stehen würde.

Bitte unterstützen Sie uns, Herr Kommissar! Die Zukunft Europas und des Weltklimas liegen auch in Ihrer Verantwortung.

Mit vorzügliche Hochachtung

**Michael Voitacha**  
Vorsitzender der Bürgerinitiative